

KOMMENTARE



Klima-Wandel

Hannes Koch erkennt, dass sich die Linie des Weltwirtschaftsgipfels wegen der Erderwärmung verändert hat

Beim Weltwirtschaftsforum ist das Klima-Thema angekommen. Noch nie zuvor pasierte es, dass eine Frau, noch dazu eine junge, die Weltelite in Davos derart herausforderte. Der Auftritt Greta Thunbergs markiert mehr als eine atmosphärische Verschiebung. Dass sich an der großen Politik schnell etwas ändert, ist trotzdem nicht sicher.

WEF-Chef Klaus Schwab hätte der 17-jährigen Klima-Aktivistin keine Veranstaltungen mit hohem Aufmerksamkeitswert am ersten Tag des Forums reservieren müssen. Er wollte aber seinem Anspruch genügen, ein gutes Event mit den relevanten Personen und Diskussionen zu liefern. So bekam Thunberg die Möglichkeit, den Ton des Forums zu setzen.

Doch auch das Forum erkennt die Dringlichkeit des Klima-Anliegens. Schwab selbst forderte die Unternehmen in einem Brief auf, schnell Pläne zur Kohlendioxid-Reduktion zu erarbeiten und einzuhalten. Er legte ihnen nahe, Rechenschaft über die Umwelt- und Klimafolgen ihrer Geschäfts-

Viele Firmen wollen ihre erprobten Geschäftsmodelle so lange weiterbetreiben, wie es irgend geht

politik abzulegen. Damit nimmt Schwab eine gesellschaftliche Stimmung auf, die sich in den Aktionen der „Fridays for Future“-Bewegung ausdrückte. Auch manche Unternehmen beginnen deshalb, eine Zukunft ohne fossile Energien anzupfeilen. Stellvertretend für diesen Teil der Wirtschaft stehen Investoren wie die Allianz oder Blackrock, wenn sie denn ihren Versprechen wirklich Taten folgen lassen. Gleichwohl sind die Widerstände enorm. US-Präsident

Donald Trump brach in Davos mitteilbar auch eine Lanze für die Regierungen, die kaum oder wenig Interesse an ernsthafter Klima-Politik haben. Wichtiger sind jedoch die Widerstände in der Wirtschaft. Viele bisher erfolgreiche Firmen wollen ihre erprobten Geschäftsmodelle solange weiterbetreiben, wie es irgend geht. Ein Beispiel ist die traditionelle Autoin-

Es ist zweifelhaft, ob die erneuerbaren Energien diesen wachsenden Bedarf werden befriedigen können

dustrie, die den Verbrennungsmotor möglichst noch Jahrzehnte verkaufen will – sei es in Entwicklungs- und Schwellenländern, sei es mit vermeintlich umweltfreundlichem Wasserstoff als Energiequelle. Auch haben Firmenvorstände keine Lust, ihre Gewinne zu reduzieren. Deshalb planen sie lange Übergangsphasen in die kohlenstofffreie Zukunft ein – möglicherweise zu lange, um den Klimawandel zu bremsen. In Davos sagte Allianz-Chef Oliver Bäte sinngemäß, dass er seinem eigenen Unternehmen nicht zu große und schnelle Veränderung zumuten könne.

Und schließlich geht es um das Wachstum. Kaum ein marktwirtschaftliches Unternehmen kommt ohne die permanente Steigerung von Produktion, Umsatz oder Aktienkurs aus. Der Zuwachs führt oft zu höherem Energieverbrauch, nicht geringerem. Es ist zweifelhaft, ob die erneuerbaren Energien diesen wachsenden Bedarf werden befriedigen können. Wie kann man Hightech-Wohlstandsstaaten wie Deutschland oder die USA auf einen Pfad der gesellschaftlichen Bescheidenheit führen, ohne dass die Leute durchdrehen? Dieses Problem ist komplett ungelöst.



Vision nötig

Madeleine Bierlein ist der Ansicht, dass die deutsch-französische Beziehung für die zukünftige Entwicklung Europas zentral ist

Es ist ruhig geworden um die deutsch-französische Freundschaft. 57 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, ein Jahr nach dem Aachener Vertrag, ist das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland vor allem eines: unauffällig. Das kann man durchaus als gutes Zeichen interpretieren, zeigt es doch, dass die jahrhundertelange Feindschaft zwischen den einstigen Kriegsparteien endgültig beendet ist. Andererseits birgt diese uninspirierte Normalität auch Risiken – vor allem für Europa.

Als Konrad Adenauer und Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 den Grundstein für die deutsch-französische Freundschaft legten, sah die Welt noch anders aus. Beide Länder waren von den Weltkriegen gezeichnet. Die Annäherung diente vor allem der Friedenssicherung. Heute aber stehen Berlin und Paris vor ganz anderen Herausforderungen.

Es wäre wichtiger denn je, dass Merkel und Macron an einem Strang ziehen

Populisten gefährden das Gemeinschaftsprojekt EU, der Brexit ist noch nicht ausgestanden. Dazu kommen gewaltige Spannungen zwischen dem Westen und Osten der Union. Es wird immer schwieriger, in Brüssel zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen.

Es wäre daher wichtiger denn je, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron an einem Strang ziehen. Das aber fällt ihnen erstaunlich schwer. Zwar sind beide eingefleischte Europäer, doch ihr Politikstil könnte unterschiedlicher nicht sein. Da wäre die Pragmatikerin Merkel, die das Aussitzen in

Die Freundschaft muss mit neuem Leben erfüllt werden

Perfektion beherrscht. Ihr gegenüber steht der ungestüme Macron, der die Nato schon mal als hirtot bezeichnet. Auch inhaltlich gibt es fundamentale Differenzen, vor allem was Rüstung und Verteidigung betrifft.

Aber es hilft alles nichts: Deutschland und Frankreich müssen sich zusammenraufen, ihre Freundschaft auch auf höchster politischer Ebene mit neuem Leben erfüllen. Denn die beiden Staaten bilden weiterhin den Kern Europas. Sie sind es, die die Union immer wieder vorangetrieben haben.

Was Europa heute braucht, ist eine Vision. Einen Sinn, der über rein wirtschaftliche Vorteile hinausgeht. Adenauer und de Gaulle gelang es, eine Erbfeindschaft zu beenden. Dagegen klingt die neue Aufgabe doch vergleichsweise einfach.

Weltwirtschaftsforum I: Der US-Präsident hält an seiner Politik, die „Fridays for Future“-Aktivistin an Klimazielen fest

Trump lobt, Thunberg drängt

Von Hannes Koch

Davos. Dienstagmorgen, 8.30 Uhr: Das Weltwirtschaftsforum in Davos hat gerade begonnen, da ist Greta Thunberg schon auf der Bühne. Der Chefredakteur des US-Nachrichtensmagazins „Time“ spricht die Klima-Aktivistin und Erfinderin der „Fridays for Future“-Bewegung als erste an. Ja, sagt Thunberg, im vergangenen Jahr hätte sie viel Aufmerksamkeit bekommen. Tatsächliche Fortschritte gebe es aber trotzdem nicht. „Die Kohlendioxid-Emissionen steigen weiter.“ Thunberg macht nicht viele Worte, spricht leise und zurückhaltend. Dann lässt sie den anderen jungen Umwelt-Aktivistinnen auf dem Podium den Vortritt.

In diesem fensterlosen Saal des Kongresszentrums findet am ersten Tag traditionell diejenige Veranstaltung statt, die den Ton des Forums setzt. Diesmal wurden nicht irgendwelche Konzernvorstände hier platziert, sondern die 17-jährige Schülerin aus Schweden. Klaus Schwab, Chef des Weltwirtschaftsforums (WEF), scheint zu wissen, was die Stunde geschlagen hat. Kameras schwenken an Kränen über die Köpfe des Auditoriums. Die gut 300 Plätze sind komplett besetzt.

Zwei Gegensätze

Einige Stunden nach Thunberg soll US-Präsident Donald Trump in Davos auftreten. Als Regierungschef des mächtigsten Staates der Erde wird er den größten Saal bekommen, der vielleicht 1500 Leute fasst. Diese beiden Auftritte bilden den Kern des diesjährigen WEF.

Die beiden Personen sind Antipoden, sie stehen für Richtungen, die die Politik in den kommenden Jahren nehmen kann. Thunberg sagt, sie möchte zum Punkt kommen, und liest von einem Zettel vor: „Im Bericht des Panels der Vereinten Nationen zum Klimawandel von 2018, Kapitel zwei, Seite 108, steht, wenn man eine 67-prozentige Chance haben will, den Temperaturanstieg unter 1,5 Prozent zu halten, dürfen weltweit nur noch 420 Gigatonnen Kohlendioxid ausgestoßen werden.“ Dieses Budget sei 2026 aufgebraucht. Thunberg hat keine Zeit zu verlieren. Smalltalk macht sie ungeduldig. Ihr geht es darum, die Botschaft rüberzubringen. Diese richtet sich in Davos in erster Linie an die Unternehmen. „Wir verlangen“, schrieb sie kürzlich, dass alle Teilnehmer des WEF „unverzüglich und vollständig“ ihre Investitionen in fossile Brennstoffe beenden.

Nach ihrer Veranstaltung wollen alle was von Thunberg. Mikrofone, Gedrängel. Aber sie hat noch ein



US-Präsident Donald Trump nach seiner Landung im Skigebiet Davos auf dem Weg zum Wirtschaftsgipfel.

BILD: DPA

Mondäner Ort in den Alpen



paar andere Termine, zum Beispiel bei Oliver Bäte, dem Chef der Allianz-Versicherung. Zunächst ist aber der US-Präsident dran. Die Schlangen der Anstehenden verlagern sich vor die Türen der großen Halle.

Dienstagmittag, 11.50 Uhr: In blauem Anzug und rotem Schlips betritt Donald Trump die Bühne. Nach kurzer Einleitung durch Schwab beginnt er seine halbstündige Rede. Es ist eine Lobeshymne auf die eigene Politik, den guten Zustand der US-Ökonomie und eine

glorreiche Zukunft. Seine Regierung habe sieben Millionen Jobs geschaffen und die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Prozent gesenkt – „so niedrig wie in keiner anderen Präsidentschaft“. Trump: „Wir haben zehn Millionen Leute aus der Sozialhilfe geholt.“ 12000 neue Fabriken seien während seiner Amtszeit entstanden. Der Wirtschaftsaufschwung komme Arbeitern, der Mittelklasse, den Frauen, afroamerikanischen und hispanischen Bürgern der USA zugute.

Klima in Rede ignoriert

Die Wörter Erderwärmung, Kohlendioxid und Klima kommen in Trumps Rede nicht vor. Stattdessen erklärt er, dank Fracking seien die USA nun der größte Produzent von Erdöl und Erdgas weltweit. Darin liege die Zukunft, wie auch in „sauberer Kohle“. Die Angst, das Erdöl könne mal zu Ende gehen, habe sich zum Glück als falsch erwiesen.

Trump und Thunberg – das sind zwei Planeten. Der US-Präsident erwähnt die Aktivistin nicht, sie ihn aber ebenso wenig. Ein Gespräch zwischen den beiden kommt nicht zustande. Dieses Aneinandervorbei-

sagt auch einiges über das Weltwirtschaftsforum aus. Beim Klima aber ist das Forum eindeutig weiter als Trump – und näher bei Thunberg. In einem Brief forderte Schwab alle teilnehmenden Firmenchefs auf, für ihre Unternehmen die Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen auf Null bis spätestens 2050 anzupfeilen. Der Klimawandel sei ein „Schlüsselthema“ des WEF, so Schwab. In einer Studie bemängelte das Forum, dass nur ein paar hundert Unternehmen weltweit bisher ihren Klimagas-Ausstoß planmäßig reduzierten.

Dienstag, 13 Uhr: Thunberg hält eine Rede beim Panel „Die Klima-Apokalypse vermeiden“. Einer der Gäste auf dem Podium ist Bäte. Thunberg wiederholt ihre Forderung, sofort alle Investitionen in fossile Energien zu stoppen. Bäte hat gerade mit den Vereinten Nationen und anderen Großinvestoren die „Netto-Null-Allianz“ gegründet. Bis 2050 wollen die Unternehmen ihre Kapitalanlagen in Höhe von rund vier Billionen Euro so umstrukturieren, dass sie keinen Kohlendioxid-Ausstoß mehr verursachen.

Weltwirtschaftsforum II: Friedrich Heinemann über kompromisslose Handelspolitik und die gemeinsame Suche nach Problemlösungen

„Davos ist ein Ort der Reflexion“

Von Miray Caliskan

Mannheim. Die Effekte vom Weltwirtschaftsforum (WEF) seien nicht präzise messbar, erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Heinemann. Die mentalen Folgen aber dürfe man nicht unterschätzen.

Herr Heinemann, das WEF hat eine 50-jährige Geschichte, aber bahnbrechende Erkenntnisse wurden in dieser Zeit nicht wirklich gewonnen. Was bringen solche Treffen und wieso ist es so wichtig, dass die Mächtigen zusammenkommen?

Friedrich Heinemann: Die Welt leidet heute enorm an den Trumps, Orbáns und Salvinis, die nationales ökonomisches und politisches Interesse extrem eng definieren. Diese Abkehr von der globalen Zusammenarbeit richtet wirtschaftlich einen großen Schaden an. Die gegenwärtige Schwäche der Weltwirtschaft ist maßgeblich politikgemacht und durch den Handelskonflikt zwischen China und den USA bedingt. Foren wie Davos machen allen Beteiligten deutlich, dass die Menschheit gemeinsame globale

Herausforderungen bestehen muss und der populistische Nationalismus der Menschheit nur schadet.

Das Forum nimmt für sich selbst in Anspruch, den Zustand der Welt zu verbessern. Welche politische und wirtschaftliche Bedeutung steckt hinter dem WEF, wo auch auf die Umweltfolgen der Weltwirtschaft eingegangen wird?

Heinemann: Die Effekte von Davos sind sicherlich nicht präzise messbar. Aber man darf die mentalen Folgen nicht unterschätzen. Solche Treffen stärken letztlich den Multilateralismus, also die gemeinsame Suche nach Problemlösungen. Es ist gut, dass es Formate gibt, wo nicht nur die Staatschefs, sondern auch die zweite Reihe miteinander diskutieren und ihre Netzwerke knüpfen. Letztlich profitieren davon internationale Verhandlungen aller Art, von Klima über Handel bis hin zu Sicherheit. Und man sollte den „Peer pressure“ nicht unterschätzen: Auch Staatschefs wollen von ihren Kollegen geachtet werden, sich nicht blamieren. Das führt zu einer Mäßigung im Vergleich zum Wahlkampf zu Hause.

Finanzwirtschaft am ZEW

Friedrich Heinemann ist Leiter des Bereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Er hat Volkswirtschaftslehre und Geschichte studiert und promoviert in Mannheim. Er lehrt als Professor an der Uni Heidelberg. mica (BILD: ZEW)

Kritiker bemängeln, dass das Treffen nur eine „Show“ sei. Würde es etwas bringen, wenn Non-Profit-Organisationen, Wissenschaftler und vielleicht sogar Bürger stärker vertreten sind?

Heinemann: Davos ist kein Ort der Entscheidung, sondern der Reflexion. Entscheidungen müssen dann später in den internationalen Gremien von IWF, UNO, Welthandelsorganisation oder Klimakonferenzen fallen. Ich wäre skeptisch, Non-Profit-Organisationen hier einen großen Spielraum zu geben. Letzt-

lich sind diese Organisationen auch nur Interessengruppen. Wer entscheidet dann, wer die „gute“ und wer die „schlechte“ Lobby ist und eine Eintrittskarte erhält?

Glauben Sie, dass die Haltung von Präsident Trump die Suche nach gemeinsamen globalen Antworten zunichte machen wird?

Heinemann: Aufgrund des US-Präsidentschaftswahlkampfes könnte die Lage günstiger sein. Donald Trump ist im Wahlkampf und der Schaden seiner kompromisslosen Handelspolitik für die US-Wirtschaft ist in den letzten zwei Jahren sichtbar geworden. Er muss auch seinen Wählern jetzt endlich beweisen, dass der Zeit der harten Verhandlungen endlich die Deals folgen. Insofern sind die Chancen vielleicht besser als zu Anfang seiner Amtszeit. Wenn sich in Davos die Zeichen verstärken, dass die USA in der Handelspolitik versöhnlicher agieren wollen als bislang, könnte das der Erholung der Weltkonjunktur Rückenwind verschaffen.

Das Interview wurde schriftlich geführt und vor Veröffentlichung autorisiert.